Abend-Blatt

66. Jahrgang. № 141. Freitag, 24. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,— M., vierteljährlich 42,— M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 5,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige Anz. u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Anwend. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Abendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Eine Einheitsfront für das Unannehmbar?

Die Möglichkeit der Regierungskrise. — Entscheidung des Reichstages. — Dollarkurs 327.

Nur die Form der Ablehnung fraglich?

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. März. Das Reichskabinett hat sich auf heute vertagt. Innerhalb des Kabinetts wird die Lage sehr pessimistisch beurteilt. In parlamentarischen Kreisen war das Gerücht von einer Ministerkrise verbreitet, das aber verfrüht ist. Die „Voss. Ztg." meint, daß zu einer partiellen oder totalen Regierungskrise keine Veranlassung vorliege. Der nahe Termin der Genueser Konferenz würde sie auch dann verbieten, wenn irgendwie die Neigung bestünde, das Kabinett oder einzelne Mitglieder für den Ausfall der Entscheidung verantwortlich zu machen. **Erhebliche Schwierigkeiten aber würden sich zweifellos für die Regierung ergeben, wenn es ihr nicht gelingen sollte, eine Aenderung der Bedingungen für das Moratorium zu erreichen und sie sich gezwungen sehen würde, jene Forderungen zu erfüllen, die die Reparationskommission stellt. Im Wiederherstellungsausschuß des Reichswirtschaftsrates, der, wie berichtet, gestern gleichfalls tagte, herrschte von rechts bis in die Reihen der äußersten Linken hinein nur eine Meinung: Der Inhalt der Note sei für Deutschland unannehmbar. Uebrigens wird ein Antrag in diesem Ausschuß vorbereitet, der das Bemelmansche Abkommen verwirft.** Heute wird auch das Präsidium des Reichsverband der Industrie zusammentreten. Es wird damit gerechnet, daß das Präsidium einen Antrag annehmen wird, der gleichfalls das Unannehmbar deutlich ausspricht und dem Kabinett Wirth den Rücken steifen soll.

Ueber den Eindruck im Reichstag

bringt die „Deutsche Allg. Ztg." eine Zusammenstellung, wonach die Verurteilung der neuen Zumutung der Entente bei den rechtsstehenden Parteien am schärfsten ist. Man hält es dort nicht für ausgeschlossen, daß die Lage sich bis zu einer Regierungskrise zuspitzen könnte, die in erster Linie neben dem Minister Rathenau den Reichskanzler Dr. Wirth selbst treffen könnte, da nunmehr klar geworden sei, daß die Erfüllungspolitik des Kanzlers endgültig Schiffbruch gelitten habe. In Zentrumskreisen sieht man die Lage als äußerst kritisch an, hält aber fürs erste eine ruhige Bedenkzeit von vielleicht drei Tagen für das Gebotene. In dieser Bedenkzeit soll nicht etwa die Frage nach Annahme oder Ablehnung erwogen werden, sondern

die Form des Schrittes, mit dem das Kabinett Wirth seine ablehnende Haltung bekunden wird.

Dafür gibt es zunächst zwei Wege: Entweder Rücktritt oder am Ruder bleiben und den Ententemächten ein entschlossenes Unannehmbar zurufen. Von rechts bis zu den Sozialisten herrscht die Auffassung, daß die neuen Forderungen unerträglich und unerfüllbar für das deutsche Wirtschaftsleben sind und zur Katastrophe führen müßten. Im Reichstag wurde gestern bestimmt erzählt, daß Dr. Wirth beabsichtige, die Angelegenheit der Reparationsnote vor den Reichstag zu bringen und darüber eine große Aussprache herbeizuführen. Es soll beabsichtigt sein, am Sonnabend dazu eine Sitzung einzulegen.

Nach der „D. A. Z." scheint man

im Kabinett zunächst noch eine abwartende Haltung

einzunehmen, zumal in der Note eine Reihe von Unklarheiten in den wichtigsten Punkten enthalten ist, die voraussichtlich nur durch Rückfrage bei der Reparationskommission aufgeklärt werden könnten.

Wirth will die Verantwortung nicht tragen?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten")

Rotterdam, 23. März. Die „Morning Post" meldet aus Berlin: Reichskanzler Wirth habe sich in seiner letzten Besprechung mit englischen Pressevertretern dahin geäußert, er hoffe noch immer auf eine Anerkennung seines Erfüllungswillens durch die Entente. Sollte er sich wirklich getäuscht haben, so würde er die Verantwortung für den dann eintretenden finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands nicht einen Tag länger tragen. (?)

Berlin, 23. März. Heute vormittag ½11 Uhr fand eine Besprechung des Reichskanzlers Dr. Wirth und der Minister des Auswärtigen, der Finanzen, der öffentlichen Arbeiten und für Wirtschaft statt, an der auch der Vizekanzler Bauer teilnahm. Der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission Staatssekretär Fischer erstattete Bericht über seine Eindrücke in Paris und über die Reparationsnote. Die Reparationsnote soll seitens der Ressorts einer eingehenden Prüfung unterworfen werden. Morgen vormittag 11 Uhr findet eine Kabinettssitzung statt. Wahrscheinlich dürfte der Auswärtige Ausschuß morgen noch nicht tagen. Es ist keine endgültige Festsetzung darüber getroffen, daß am Sonnabend im Reichstage Mitteilung über die Stellungnahme der Reichsregierung zur Reparationsnote genommen werden soll.

Die Entente verschweigt den Wahnsinn.

Paris, 23. März. Havas veröffentlichte gestern Abend 10 Uhr den Wortlaut der Entschließungen der Reparationskommission, die nicht einmal von sämtlichen Blättern wiedergegeben wird. So begnügt sich der „Matin" damit, einen Auszug von 60 Zeilen zu veröffentlichen. Auch „Petit Parisien" und „Echo de Paris" geben die der deutschen Regierung übermittelte Note nicht im Wortlaut wieder. wtb.

Paris, 23. März. Im „Petit Parisien" heißt es: In dem Augenblicke, in dem das deutsche Volk sich über die Härte der Alliierten entrüstet, muß man sich fragen, ob es mit der gleichen Geduld und Milde vorgegangen wäre, wenn es gesiegt hätte.

Keine weiteren Steuern!

Eine entschiedene Ablehnung der Volkspartei.

Berlin, 22. März. Von maßgebender parlamentarischer Seite wird uns zu der Forderung der Reparationskommission, daß Deutschland bis zum 31. Mai einen Zusatzsteuerentwurf schaffen soll, der 60 Milliarden Einnahme bringt, mitgeteilt, daß diese Belastung vom deutschen Volke nicht getragen werden könnte. Bereits die jetzt beschlossenen Steuern belasten die deutsche Wirtschaft in dem Maße, daß sie nur unter Aufbietung aller Kräfte diese Steuern tragen kann. Auch in der Regierung, wo man über die mutmaßlichen Forderungen der Reparationskommission bereits in letzter Zeit wiederholt Besprechungen hatte, hat man sich in letzter Zeit über die Notwendigkeit neuer Steuern unterhalten und dabei, wie uns von bester Seite mitgeteilt wird, auch in Erwägung gezogen, ob es möglich wäre, sämtliche Steuern um 100 Proz. zu erhöhen. Man hat aber nach oberflächlicher Prüfung dieser Frage bereits feststellen müssen, daß an eine derartige Erhöhung der Steuern nicht zu denken ist, und den Plan bereits fallen lassen, ehe die Forderung der Reparationskommission eintraf. Aus der Deutschen Volkspartei erfahren wir, daß diese Partei auf keinen Fall sich zu einer neuen Belastung der deutschen Industrie und des deutschen Kapitals hergeben würde. Sie würde, falls die übrigen Kompromiß- und Koalitionsparteien etwa der Forderung der Reparationskommission nachgeben sollten, sich gezwungen sehen, aus dem Steuerkompromiß auszuscheiden und ebenso den Eintritt in die Koalition abzulehnen. Die Steuerforderung der Reparationskommission hat demnach auch eine parlamentarische Krise geschaffen.

Amerikanischer Finanzkrieg gegen Frankreich.

Ein amerikanischer Finanzier gegen Reparationswahnsinn und Militarismus.

Berlin, 23. März. Ein Amerikaner, der eine führende Rolle in der amerikanischen Hochfinanz spielt und derzeit in Berlin weilt, äußerte sich einem Vertreter der „B. Z." gegenüber dahin: Die angelsächsische Welt denkt über das Reparationsproblem völlig anders, als die Reparationskommission in Paris. Die Forderung Boydens vor der Pariser Finanzkommission, daß Amerika auf der Rückerstattung seiner Besatzungskosten bestehen müßte, ist keine bloße Geste, sondern bitterer Ernst. Die Methode der ultimativen Noten in Europa hat Schule gemacht. Amerika hat sich die Sprache der Befristung, die man sich Deutschland gegenüber angeeignet hat, Europa gegenüber zu eigen gemacht. **Wir gedenken den neuen europäischen Militarismus weder mitzumachen, noch zu dulden.** Mehrere Symptome kennzeichnen die Haltung Amerikas gegenüber den Reparationsfragen, vor allem die vom Senat angenommene Bill, die von Europa die gesamte Schuld an Amerika an Kapital und Zinsen innerhalb 25 Jahren zurückfordert. Dieses Gesetz ist nur deshalb so streng ausgefallen, weil es die Antwort auf die Haltung Frankreichs in Washington darstellt. Der Kongreß weiß sich mit der amerikanischen Volksstimmung darin eins, daß sie keinerlei militärische Hegemonie in Europa zu dulden gesonnen ist. **Den europäischen militaristischen Hegemoniegelüsten setzen wir bewußt als Gegenwaffe unsere amerikanische finanzielle Suprematie entgegen: Ohne Geld kein Krieg. Ohne Anleihe von Amerika und den valutastarken Neutralen kann das verwirtschaftete Europa nicht gesunden. Wir Amerikaner aber werden weder heute noch künftig irgendeine Anleihe zu militärischen Zwecken gewähren oder auch nur durch Schuldenerlaß fördern. Es steht uns das Machtmittel der Gewährung oder Versagung von Anleihen zu Gebote und wir werden von diesem Mittel entsprechend Gebrauch machen.**

Eine deutsche Note wegen des Gleiwitzer Mordes.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 23. März. Der Botschafterkonferenz in Paris ist gestern eine Note der deutschen Regierung wegen der Ermordung des Polizeiwachtmeisters Rüsenberg übergeben worden. Es wird in dieser Note Stellung genommen gegen die ablehnende Haltung der Botschafterkonferenz gegenüber dem deutschen Verlangen, bei den interalliierten Regierungen und der Plebiszitkommission über Oberschlesien wegen der Ermordung Rüsenbergs einzuschreiten.

Die Rechte und Pflichten der Interalliierten Kommission, heißt es in der deutschen Note, bestimmen sich ausschließlich nach dem Vertrag von Versailles. Als Vertragspartei hat aber Deutschland ein unbestreitbares Recht darauf, seinerseits von der Interalliierten Kommission die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten zu fordern. Die deutsche Regierung kann um so weniger darauf verzichten, ihre Forderung auf eine baldige befriedigende Regelung der Angelegenheit auch bei der Botschafterkonferenz geltend zu machen, als eine größere Anzahl anderer Fälle vorliegen, in denen Deutsche in Oberschlesien an Gesundheit und Eigentum geschädigt worden sind, ohne daß sie Schutz und Unterstützung bei der Interalliierten Kommission gefunden hätten.

Eine Zusammenstellung von einigen Fällen dieser Art wird in einer Anlage beigefügt mit dem Ersuchen, daß nicht nur der Fall Rüsenberg, sondern auch die anderen Fälle noch vor der Abgabe der Dienstgeschäfte der Interalliierten Kommission ihre vollständige Erledigung finden.

Die ablehnende Haltung der Presse.

Die letzten ungeheuerlichen Forderungen der Entente finden die Berliner Presse aller Parteirichtungen einmütig in der Beurteilung der Unmöglichkeit der neuen Bedingungen. Während die Rechtspresse die sofortige Ablehnung fordert, hofft die Regierungs- und Linkspresse zum Teil noch immer, durch neue Verhandlungsversuche das unvermeidliche Eingeständnis des Zusammenbruches ihrer Erfüllungspolitik hinausschieben zu können.

Die „Kreuzzeitung" bespricht die politische Bedeutung der Reparationsnote und konstatiert, daß die Entscheidung der Reparationskommission

in den Kreisen der Erfüllungspolitiker wie eine Bombe

gewirkt habe. Das Ansinnen der Reparationskommission wirft die ganzen Steuerpläne der Regierung, an denen man ¾ Jahr herumgedoktert habe, über den Haufen. Die Krisis der letzten Jahre lebt von neuem wieder auf. Die Note der Reparationskommission läßt sich nicht mit Phrasen abtun, auch nicht mit dem üblichen Erfüllungsknix. Dazu sind die „Bedingungen" zu scharf und zu brutal einschneidend, vor allem wirksam bis in die Taschen des kleinsten Steuerzahlers und Wählers. Der Januarkrisis folgt die Märzkrisis. Das Blatt kann es sich nicht denken, daß das Zentrum und die Demokraten auch jetzt noch die Verantwortung für die Fortsetzung der Erfüllungspolitik übernehmen, nachdem die

letzten Hoffnungsschimmer auf die „verbesserte Atmosphäre" so elendiglich verblichen

sind. Die Deutsche Volkspartei, die zwar nicht Koalitions- aber Kompromißpartei sei, werde wohl jetzt endgültig dem Kabinett Wirth den Rücken wenden müssen, wenn sie nicht mitschuldig werden wolle an der Katastrophe. Weiter sagt das Blatt: **Das Geschwafel der Völkerversöhnung und des Internationalismus bricht elend zusammen, vor dieser rücksichtslosen Machtpolitik Poincarés. Er dominiert in Europa. Er schert sich weder um Amerika noch um England, und der Erfolg ist — bis jetzt für ihn! Die Fehler, die England und Amerika und vor allem wir in Versailles begangen haben, rächen sich bitter. Der Fehler unserer Unterschrift, auf die weder England noch Amerika gerechnet hatten, ist die Schlinge, aus der Deutschland, aber auch das sonst so mächtige England sich befreien müssen.** Der Weg dazu ist steil, fast übermenschlich schwer und trotzdem muß er beschritten werden. Deutschland könne auf eine Unterstützung in diesem Kampfe um seine Existenz nur dann rechnen, wenn es wieder männlich auftritt und dem femininen Geist der Erfüllungspolitik den Rücken wendet.

Die „D. A. Z." schließt ihre Betrachtungen: Wir glauben, daß angesichts dieser neuen Sachlage mit der bisherigen Politik der Erfüllung nichts mehr getan sein kann. Die

ungeheuerliche Steigerung der ausländischen Zahlungsmittel

dürfte der Regierung bereits ein warnendes Zeichen gegeben haben, wohin die bisherige bedingungslose Unterwerfung unter den feindlichen Willen führen muß. Die Erfüllung der vorstehenden Bedingungen, oder da es dazu nicht kommen kann, auch nur der Versuch dazu, müßten die deutsche Wirtschaft in den Abgrund stürzen. Wir können uns keine Regierung vorstellen, die es fertig brächte, zu einer weiteren Verelendung des deutschen Volkes die Hand zu bieten.

Die volksparteiliche „Zeit" stellt fest, daß sich alle Fraktionen darin einig sind, daß man auf die Note nicht anders antworten kann, als mit einem „Nein". Aber auch ein einfaches „Nein" genüge angesichts der Ueberspannung ihrer Befugnisse durch die Reparationskommission nicht mehr. **Die deutsche Antwort könne nichts anderes darstellen, als eine Rechtsverwahrung in aller Form gegen eine solche Anmaßung, und sie müsse die Verwahrung dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie es ablehnt, sich auf eine Erörterung der materiellen Forderungen und Bedingungen der Note überhaupt einzulassen. Die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth sei an der Unnachgiebigkeit der Reparationskommission gescheitert, wie ein schwaches Schiff an einer starren Felsenklippe.** Aber wir wissen nicht, sagt das Blatt, ob das Kabinett Wirth sich zu dem ablehnenden Entschluß aufraffen wird. Es wird sich aber bald darüber entscheiden müssen, und das Verhängnisvollste wäre, wenn man auch jetzt wieder gegenüber diesen konkreten Forderungen überspanntester wirtschaftlicher Unvernunft und offenkundiger Böswilligkeit versuchen sollte, mit dem Mittel des Verhandelns und der Verschleppung der Entscheidung auszuweichen.

Das „B. T." schreibt: **Der deutschen Regierung und dem Reichstage wird unter Umständen gar nichts anderes übrig bleiben, als den Alliierten zu erklären, daß wir ihnen auf diesem Wege nicht zu folgen vermögen, da er unweigerlich in den Abgrund führen und auch die Weltwirtschaft von neuem fürchterlich in Unordnung bringen muß.** Die verfahrenen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands reden eine so überzeugende Sprache, daß wir mit offenen Karten spielen können. Der völlige wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch würde auch politische soziale Bewegungen zur Folge haben, die keine staatserhaltende Partei auf sich nehmen kann.

Während der „Lok.-Anz." unter Bezugnahme auf Aeußerungen von Parlamentariern verschiedenster Richtungen das Fiasko der Erfüllungspolitik feststellt, die auf Kosten der Lebenssäfte der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Volkskörpers betrieben worden ist,

verteidigt die „Voss. Ztg." die Erfüllungspolitik.

Für Deutschland habe es überhaupt keine andere Politik gegeben und gäbe es keine andere Politik. Nach Auffassung des Blattes bietet die Note des Reparationsausschusses die